

BOZEN, 28.08.2024

PRESSEMITTEILUNG

Bereichsübergreifender Kollektivvertrag 2022-2024: Gewerkschaften enttäuscht über fehlende Mittel zur Deckung der Inflation Dringendes Treffen mit Landeshauptmann Arno Kompatscher und Landesrätin Magdalena Amhof gefordert

„Wir sind zutiefst enttäuscht über das Fehlen der notwendigen Mittel, um die Gehälter der über 40.000 öffentlich Bediensteten an die Inflation von rund 15 % für den Dreijahreszeitraum 2022-2024 anzupassen.“ So äußern sich die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes AGB CGIL, SGBCISL, SGKUIL, ASGB, SAG und NURSING UP, die ankündigen, „ein dringendes Treffen mit dem Landeshauptmann und Finanzlandesrat Arno Kompatscher sowie mit der Landesrätin für Personal, Magdalena Amhof, beantragt zu haben“.

Die Fachgewerkschaften halten das im gestrigen ersten Treffen zur Verhandlung des bereichsübergreifenden Kollektivvertrags 2022-2024 von der Landesagentur für Vertragsverhandlungen unterbreitete Angebot für inakzeptabel, das lediglich eine Einmalzahlung für das Jahr 2022 vorsieht. „Das Angebot“, so die Gewerkschaften, „wurde mit dem Argument begründet, dass keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen außer den 350 Millionen Euro, 150 Millionen für 2024, 100 Millionen für 2025 und 100 Millionen für 2026, die jedoch auch für andere Verhandlungstische benötigt werden, wie zum Beispiel für die Sanität, für Ärzte, für Lehrpersonal an staatlichen Schulen und zur Deckung der Kosten für die Elternzeiten, um nur einige zu nennen“.

Die Fachgewerkschaften AGB CGIL, SGBCISL, SGKUIL, ASGB, SAG und NURSING UP sind „enttäuscht und überrascht, dass keine angemessenen Mittel für die öffentlich Bediensteten vorgesehen sind, während es äußerst einfach ist, die Gehälter der Führungskräfte zu erhöhen und ebenso leichtfertig über Gehaltserhöhungen für Bürgermeister zu sprechen. Es reicht nicht, nur zu versprechen, dass man gewillt ist, weitere Mittel zu finden, ebenso wenig wie es ausreicht, zu betonen, dass die öffentlich Bediensteten wichtig sind, wenn sich dies dann nicht in Taten niederschlägt. Und es geht hier nicht darum, die Gehälter zu erhöhen, sondern lediglich darum, sie an die Inflation anzupassen. Es ist dann auch nicht verwunderlich, dass es zu einer regelrechten Flucht aus dem öffentlichen Bereich kommt und dass Ausschreibungen unbesetzt bleiben. Das gestrige deutliche Zeichen im ersten Verhandlungstreffen desbereichsübergreifenden Kollektivvertrages 2022-2024 ist sicherlich keine gute Visitenkarte.“

Abschließend kündigen die Gewerkschaften an, im Herbst eine Reihe von Versammlungen mit den Bediensteten zu organisieren.

AGB CGIL	Angelika Hofer	335 7578437	Ulli Bauhofer	335 1371994
SGBCISL	Claudio Scrinzi	339 7425812	Michaela Grasberger	344 3468455
SGK UIL	Sabina Bonetalli	333 1557380		
ASGB	Karin Wellenzohn	339 5653884	Andreas Dorigoni	328 3807311
SAG	Gianluca Moggio	333 7749974		
NURSING UP	Massimo Ribetto	331 4799174	Silvano Graziadei	331 4797470